

JOHANNES BLADDJE

Ausgabe 03/2023

Koalitionsausschuss tagt

Boßeln der
Ostfriesischen Landschaft

Krabbenfischerei

Wahlrechtsreform

Berichte aus Berlin und aus dem Wahlkreis

Vorwort	3
Wahlrechtsreform beschlossen	4
Reise nach Israel	5
Koalitionsausschuss tagt	6
Frühjahrstagung der Landesgruppen NRW und Niedersachsen/Bremen in Dortmund	8
Krabbenfischerei - die EU darf Fangmethoden nicht pauschal verbieten	9
Ostfriesen zu Besuch in Berlin	10
Abschlussfahrt der IGS Ihlow	11
Männerfrühstück bei der Matthäuskirchengemeinde Wallinghausen / Egels-Popens	12
29. Boßeln der Ostfriesischen Landschaft in Aurich	13
Startschuss für "Into the Future"	14
Impressum	15

INHALT

Ausgabe 03/2023

Mein Team und ich wünschen
allen eine schöne Osterzeit!

Wolfgang Tiefensee

Die Umstellung auf die Sommerzeit haben wir hinter uns. Wegen mir müsste in Zukunft gar nicht mehr die Uhr umgestellt werden, aber das liegt außerhalb meiner Zuständigkeit.

Mit der Reform des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag haben wir endlich eine jahrelange Diskussion abgeschlossen. In der Koalition mit CDU und CSU war eine Einigung nie möglich gewesen, in der Ampel-Koalition haben wir nun eine Lösung gefunden, die den Deutschen Bundestag dauerhaft auf 630 Abgeordnete begrenzt.

Ansonsten gab es in den vergangenen Monaten viele Baustellen, weil sich beide Koalitionspartner der SPD profilieren wollten, was leider zu vielen unnötigen Streitereien auf offener Bühne führte. Mit dem Koalitionsausschuss Ende März haben wir nun aber viele Themen ausgeräumt und können uns nun wieder mehr auf die Sacharbeit konzentrieren.

Auch von europäischer Ebene gab es mit dem drohenden Verbot der Krabbenfischerei eine Initiative der EU-Kommission, die vor allem Verunsicherung brachte. Alle relevanten Akteure stehen aber zusammen und werden dafür sorgen, dass die Krabbenfischerei eine Zukunft hat.

Es bleibt noch viel zu tun, gehen wir's an!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Wolfgang Tiefensee

VORWORT



WAHLRECHTSREFORM BESCHLOSSEN

Foto: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann

Die Reform des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag war dringend notwendig. Er ist in den vergangenen 20 Jahren immer größer geworden und es bestand vor dem Hintergrund der zahlreichen Überhang- und Ausgleichsmandate keine Hoffnung mehr auf eine Verkleinerung. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Versuche, das Wahlrecht zu reformieren. Diese scheiterten aber meist an einer Partei, die nur in einem Bundesland zur Wahl steht. Am 17. März haben wir nun endlich ein Gesetz beschlossen, das dafür sorgen wird, dass die Regelgröße des Bundestages nicht überschritten wird. Zukünftig wird der Deutsche Bundestag dauerhaft eine Größe von 630 Abgeordneten bei 299 Wahlkreisen haben.

Überhangmandate erhielten Abgeordnete, die aufgrund ihres gewonnenen Direktmandats in den Bundestag einziehen konnten, obwohl ihrer Partei nach dem Wahlergebnis eigentlich nicht so viele Sitze im Parlament zugestanden hätten. Damit das Kräfteverhältnis im Bundestag durch diese Überhangmandate nicht verzerrt wird, gibt es die sogenannten Ausgleichsmandate.

Das bedeutet, die anderen Parteien durften dann ebenfalls weitere Kandidierende ins Parlament schicken, damit das Verhältnis wieder das Wahlergebnis nach Zweitstimmen abbildet. Der aktuelle Bundestag hat statt der eigentlich vorgesehenen 598 Abgeordneten 736 Abgeordnete.

Zukünftig können direkt gewählte Abgeordnete nur ins Parlament einziehen, wenn ihr Sitz auch durch Zweitstimmen gedeckt ist. In diesem Zug haben wir auch die Grundmandateklausel gestrichen, die ebenfalls für Abgeordnete ohne Zweitstimmendeckung gesorgt hat.

Was dabei besonders wichtig ist: Das jetzt beschlossene Gesetz betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen. Es wird nun vermutlich einige Klagen beim Bundesverfassungsgericht geben.

Ich gehe aber davon aus, dass dieses Gesetz in Karlsruhe Bestand haben und der Deutsche Bundestag zukünftig nicht über die Regelgröße hinaus wachsen wird.

DIENSTREISE NACH ISRAEL



Im März durfte ich als Parlamentarischer Staatssekretär des Innenministeriums eine Dienstreise nach Israel wahrnehmen. Im Zentrum der Reise standen Termine zur deutsch-israelischen Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz.

Im Jahr 2011 wurde ein sogenanntes „Memorandum of Understanding“ auf Ministerebene zwischen Deutschland und Israel gezeichnet, das auch die Grundlage für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem THW und dem israelischen Pendant der NEMA begründet. Vor Ort konnte ich mir nun selbst ein Bild von der guten Arbeit unserer Partner machen.

In einer Reihe von Fachgesprächen ging es unter anderem um Frühwarnsysteme und die Herausforderung der Krisenkommunikation.

Mit auf dem Programm stand auch ein Besuch bei der palästinensischen Zivilschutzbehörde.

Besonders eindrücklich wird mir auch der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem im Gedächtnis bleiben, der für mich noch einmal Ausdruck der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel war.



KOALITIONSAUSSCHUSS RÄUMT ZENTRALE THEMEN AB

Die Debatte zu einem möglichen Verbot fossiler Heizungen verunsichert derzeit viele Menschen. Ein vorzeitig in die Öffentlichkeit gelangter Entwurf zur Novelle des Gebäude-Energiegesetzes hat eine Debatte entfacht, die vor allem auf Ängsten und Unwissen beruht.

Die Ampelparteien hatten sich nach der Bundestagswahl 2021 im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass ab dem 1. Januar 2025 jede neue Heizung mit mind. 65 Prozent Erneuerbaren Energien (EE) betrieben werden soll. Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und unter dem Eindruck massiv steigender Gas-Preise hat der Koalitionsausschuss vor einem Jahr beschlossen, die 65-Prozent-EE-Regelung auf den 1. Januar 2024 vorzuziehen. Das soll im Gebäudeenergiegesetz (GEG) festgeschrieben werden. Der an die Öffentlichkeit gelangte Entwurf war nun Stein des Anstoßes. Bereits im Vorfeld des Koalitionsausschusses Ende März haben

die beteiligten Ministerien sich aber auf Änderungen verständigt. Es soll längere Übergangsfristen geben und auch eine höhere finanzielle Förderung wird geprüft.

Vor Ende 2030 musste schon nach dem ersten Entwurf keine funktionierende Heizung ausgetauscht werden. Auch im Folgejahr mussten erstmal nur die Heizungen raus, die 35 Jahre oder älter sind. Diese Fristen werden aber nun nochmal überprüft.

Im weiteren Verfahren wird sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass sich die Pflichten nach dem GEG daran orientieren, was sozialverträglich ist, was technisch umsetzbar ist sowie insgesamt die Wärmewende beschleunigt. Hierbei müssen sowohl Produktverfügbarkeiten und Handwerkerkapazitäten gewährleistet als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Menschen, etwa in Form von Ausnahmemöglichkeiten berücksichtigt werden.

Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist es vor allem wichtig, den Menschen die Wärmewende zu ermöglichen. Dafür müssen Förderungen stärker die wirtschaftliche Situation der Eigentümerinnen und Eigentümer berücksichtigen.

Zugleich sind wir der Überzeugung, dass für das schnelle Gelingen einer klimaneutralen Wärmeversorgung grundsätzlich auf keine Form der Erneuerbaren Wärmeerzeugung verzichtet werden kann. Die Ausgangssituationen sind je nach Bauweise, Bevölkerungsdichte und Region unterschiedlich, um diesen mit wenigen vorgeschriebenen technologischen Lösungen gerecht werden zu können.

Darüber hinaus hat der Koalitionsausschuss weitere wichtige Themen beschlossen. Verkehrsprojekte in den Bereichen Schiene und Straße sollen beschleunigt und die Investitionen vor allem in die Schiene erhöht werden. Zudem wird das Klimaschutzgesetz weiterentwickelt.

Wichtig ist für mich der Punkt, dass Gemeinden mehr Handlungsspielräume zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft bekommen sollen und dass auf bestimmten Flächen auch die Direktbelieferung von Unternehmen mit Windstrom ermöglicht werden soll.

Zudem soll es zukünftig an Bundesstraßen und Bundesautobahnen mehr Windkraft und mehr Photovoltaik geben.

Außerdem soll es zukünftig mehr Möglichkeiten für finanzielle Kompensationen anstelle von Ausgleichsflächen geben.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die den Verkehrsbereich dekarbonisieren sollen.

Nachdem es in den vergangenen Wochen und Monaten immer mal wieder gehakt hatte, haben sich die drei Koalitionäre nun wieder untergehakt und gezeigt, dass die Ampel-Koalition als Koalition des Fortschritts dazu in der Lage ist, zielführende Kompromisse zu finden und Entscheidungen zu treffen, die unser Land nach vorne bringen.

Mehr fürs Klima!

- Mehr Flächen** für Wind- und Solarkraft sowie Naturschutz.
- Mehr Gerechtigkeit** beim Heizungstausch.
- Mehr Geld für die Schiene** durch CO₂-Aufschlag auf LKW-Maut.
- Mehr E-Mobilität** durch schnelleren Ladesäulenausbau.

Das haben wir gemeinsam in der Ampel beschlossen.

SPD Fraktion im Bundestag



FRÜHJAHRSTAGUNG DER LANDESGRUPPEN NRW UND NIEDERSACHSEN/BREMEN IN DORTMUND

Unter dem Motto „Stabilität und Stärke in schwierigen Zeiten“ haben sich Mitte März die beiden größten SPD-Landesgruppen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen/Bremen in Dortmund zu ihrer Frühjahrstagung zusammengefunden. Starke und sichere Kommunen, nachhaltige Industriepolitik, Zeitenwende und die Stärkung unserer Demokratie - das waren die großen Themen.

Als Sprecher der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen habe ich betont, dass es in diesen Zeiten eine stabile und starke Sozialdemokratie braucht. Unsere Regionen stehen gut da, durch unsere innovative Industrie und die erneuerbaren Energien des Nordens wird die Transformation hin zu einer nachhaltigen Industrie gelingen. Die lähmende Zeit der Union liegt jetzt hinter uns. Wir müssen Tempo machen und Planungsprozesse beschleunigen. Wir brauchen einen Boost für erneuerbare Energien für ganz Deutschland – das gilt auch für den Süden. Denn wir leben in einer Zeit der vielfältigen Krisen: Krieg, Klima, Inflation, gesellschaftliche Spaltung. Die Herausforderungen der globalisierten Welt kann kein Staat allein meistern.

Deshalb müssen wir strategische Partnerschaften auf- und ausbauen. Deutschland kann nur stark sein, wenn Europa stark ist. In der Ukraine kämpft aktuell ein Land ums Überleben, das sich für Freiheit und Demokratie in Europa entschieden hat. Der Kampf um die Zukunft der Ukraine ist auch ein Kampf um unsere Werte. Deswegen stehen wir fest an der Seite der Ukraine. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat viele Sicherheiten verschoben, vieles muss neu gedacht werden. Aber wir müssen nicht nur unsere Sicherheitspolitik neu denken. Neu nachzudenken gilt es auch über die Risiken globaler Lieferketten, über die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftsmodells. Wir wollen und werden diese Verantwortung übernehmen und die Politik der Zukunft gestalten. Wir lassen nicht zu, dass unser Land gespalten wird. Die Reichsten der Reichen müssen einen gerechten und angemessenen Beitrag dazu leisten, dass wir die aktuellen Krisen bewältigen können. Das erreichen wir über eine solidarische, einmalige Krisen-Abgabe“.



DIE EU DARF DIE GRUNDSCHLEPPNETZ- FISCHEREI NICHT EINFACH VERBIETEN!

Derzeit sorgt ein von der EU-Kommission geplantes Verbot von Grundschieppnetzen in geschützten Meeresgebieten für viel Verunsicherung und große Diskussionen bei den Krabbenfishern an unserer Küste. Mit dieser Frage haben wir uns unter anderem bei unser Seeheimer Strategieklausur in Bremerhaven beschäftigt. Für mich ist ganz klar: Wir müssen die Krabbenfischerei an unseren Küsten langfristig sichern, in dem wir diese als traditionelle Fischereiart anerkennen. Ein pauschales EU-weites Verbot jeglicher grundberührender Fischerei in Meeresschutzgebieten würde für die Krabbenfisher das Aus vieler Betriebe bedeuten. Wir fordern deshalb, dass sich die Bundesregierung bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene für einen Beschluss einsetzt, der Ausnahmen für die traditionellen Küstenfischereibetriebe zulässt.

Die Krabbenfischerei gehört zu unseren Küsten und hat bei uns eine lange Historie – wir werden dafür kämpfen, das dies auch so bleibt!

Ich habe gemeinsam mit Tiemo Wölken aus dem Europaparlament mit den zuständigen Beamten der EU-Kommission gesprochen und deutlichgemacht, dass hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Natürlich gibt es Fischerei mit Grundschieppnetzen, die das Leben am Meeresboden zerstört, aber die Fischerei auf Krabben zählt nicht dazu.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir setzt sich aber für die Krabbenfischerei ein - für einen Grünen ein beachtlicher Schritt!

Bund und Küstenländer kämpfen nun also in Brüssel gemeinsam für eine Zukunft der Krabbenfisher.

OSTFRIESEN ZU BESUCH IN BERLIN



Rund 50 Ostfriesen besuchten auf meine Einladung die Bundeshauptstadt im Rahmen einer politischen Bildungsreise. Unter den Gästen war auch eine Abordnung des THW (Aurich, Emden, Norden). Auf der viertägigen Reise besuchte die Gruppe unter anderem das Bundeskanzleramt, die Gedenkstätte "Stille Helden" im Bendlerblock sowie das Alliierten-Museum in Berlin Dahlem.

Beim Besuch des Reichstages wurde eine Diskussion mit mir im Fraktionsvorstandssaal der SPD-Bundestagsfraktion rund um aktuellen Themen wie Energie, Klima und Zivil- & Bevölkerungsschutz geführt. Im Anschluss an das Gespräch gab es noch das obligatorische Gruppenfoto.



ABSCHLUSSFAHRT DER IGS IHLOW



Im Rahmen ihrer Abschlussfahrt besuchten 28 Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe zusammen mit sechs Lehrkräften und Schulbegleiter der IGS Ihlow auf meine Einladung den Deutschen Bundestag in Berlin.

Zunächst erhielten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, bei einem Vortrag durch den Besucherdienst des Deutschen Bundestages auf der Besuchertribüne des Plenarsaals viel Wissenswertes über die Arbeitsweise des Parlaments zu erfahren.

Im Anschluss traf ich mich mit der Gruppe

zu einem Gespräch und stand ihnen Rede und Antwort auf all ihre Fragen. So ging es unter anderem um den Ukraine-Krieg und die aktuelle Situation in Russland sowie um den Plan des Wirtschaftsministeriums, Gasheizungen zu verbieten. Auch das Thema Klimawandel nach viel Raum ein.

Den Abschluss bildete das gemeinsame Gruppenbild im Reichstagsgebäude und der Besuch der Dachterrasse des Reichstages.





MÄNNERFRÜHSTÜCK BEI DER MATTHÄUSKIRCHENGEMEINDE WALLINGHAUSEN / EGELS-POPENS

Einmal im Monat trifft man sich im Gemeindehaus der Matthäuskirchengemeinde zum Austausch, klönen und singen. Beim Treffen im März durfte ich auch dabei sein und bei einem schönen Frühstück über meine Arbeit im Bundestag bzw. im Innenministerium berichten. Diskutiert wurden viele Fragen rund um das Thema Energiepolitik und natürlich zur weltpolitischen Lage vor dem Hintergrund des völkerrechts-

widrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Das war eine spannende Diskussion über aktuelle politische Themen, christliche Werte und die Schwierigkeit, in der heutigen Zeit die richtigen Informationen zu bekommen. Danke noch einmal an die Organisatoren für die Einladung. Es war ein toller Termin und ein wertvolles Gespräch, von dem ich viele Denkanstöße mit nach Berlin nehme.

29. BOßELN DER OSTFRIESISCHEN LANDSCHAFT IN AURICH



Bereits zum 29. Mal hatte die Ostfriesische Landschaft zum traditionellen Boßeln mit anschließendem Grünkohlessen nach Aurich eingeladen. Rund 100 Menschen nahmen daran teil. Mit dabei wieder viele Vertreter aus Politik und Verbänden. Es war ein schöner Termin zum Netzwerken und mit vielen Hintergrundgesprächen. Wie immer waren auch auswärtige Gäste dabei, wie z.B. Ministerpräsident Stephan Weil,

um auch den Nicht-Ostfriesen unsere Traditionen näher zu bringen. Das Landschafts-Boßeln ist jedes Jahr eine tolle Veranstaltung. Mein Dank gilt auch an den BV "Good wat mit" Dietrichsfeld für die tolle Betreuung.

STARTSCHUSS FÜR "INTO GREEN FUTURE"

Seit 2015 gab es keine Auszubildenden mehr in der tollen Ausbildungswerkstatt im Kraftwerk Emden. Über Jahre war ich mit den beteiligten Unternehmen im Gespräch und hab für eine Ausbildungswerkstatt geworben. Nun geht es endlich weiter! Die Unternehmen aus der Welt der Erneuerbaren Energien Ørstedt, Northland Power, Omexom und Statkraft haben den Ausbildungsverbund „Into Green Future“ gegründet. Ab dem 01.08.2023 werden bei Statkraft in Emden 12 junge Menschen in dualer Ausbildung als Elektroniker/in für Betriebstechnik ausgebildet.

Sie haben in 3,5 Jahren die Möglichkeit, die breite Zukunft der Energiewende Onshore, Offshore und beim Biomassekraftwerk kennenzulernen - eine großartige Chance auf den Einstieg in einen Beruf der Zukunft! Ich freu mich sehr darüber, meinen Beitrag dazu leisten zu können.

OFFSHORE
WINDENERGIE

Hightech auf I
hoher See

Starte Deine grüne
Karriere im Bereich
erneuerbare Energien
- jetzt bewerben!



OMEXOM Ørstedt

INTO
GREEN
FUTURE



Liebe Grüße
und bis
bald!



Folgt mir im Web:



SPD
Fraktion im
Bundestag

Redaktion

Torsten Stein, Kornelia Urban und
Sabine Zimmermann

Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Telefon: 030-227-73155

Fax: 030- 227-70155

E-Mail: johann.saathoff@bundestag.de

Web: www.johann-saathoff.de